

Handlungsempfehlungen zum Projekt *Queere Vielfalt in Bibliotheken und der Soziokultur*

In den kulturpolitischen Leitlinien des Landes Mecklenburg-Vorpommern heißt es: „Jeder Mensch hat ein Recht auf gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben. Kulturelle Teilhabe und aktive kulturelle Betätigung werden für alle Menschen in Mecklenburg-Vorpommern mit ihren unterschiedlichen Ansprüchen und Ausgangsbedingungen uneingeschränkt und lebensbegleitend ermöglicht.“ Kulturelle Teilhabe ist essentiell für eine lebenslange Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur. Deshalb sollen Kommunen, Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik gemeinsam die Umsetzung der Kulturellen Teilhabe Aller vorantreiben.

Die Begegnung mit LSBTIQ* Medien in Kunst und Kultur ermöglicht das Sichtbarmachen vielfältiger Lebensrealitäten im Land Mecklenburg-Vorpommern sowie auf der gesamten Welt. Kunst und Kultur sind in der Lage, Menschen eine Welt zu spiegeln, in der sie sich repräsentiert fühlen, und gleichzeitig einen Blick auf die Welt zu bieten, der Neues lehrt. Zugang zu informativer Sach- und Fachliteratur sowie Belletristik und Kinderbüchern fördert nicht nur Akzeptanz, sondern vermittelt vor allen Dingen Wissen.

Das Vorhaben zur Verbesserung von queerer Teilhabe in Kunst und Kultur regt einen zwischenmenschlichen Dialog an. Die Angebote gelten nicht ausschließlich Menschen, die sich als LSBTIQ* identifizieren, sondern richten sich an die gesamte Zivilgesellschaft. Indem Medien und Veranstaltungen in gesamt M-V sichtbar werden, wird auch der Zugang zur queeren Medien und kulturellen Veranstaltungen verbessert. Die Repräsentation der LSBTIQ*-Community soll einen Beitrag zu einer vielfältigen und demokratischen Gesellschaft leisten.

Das Vorhaben tritt für demokratische Grundrechte ein und bezieht Stellung gegen menschenfeindliche Aussagen. Denn Werterelativismus ist mit demokratischer Bildungsarbeit und gleichberechtigter kultureller Teilhabe nicht vereinbar. Demokratische Debatten sind Teil des gesellschaftlichen Austauschs – Geschichtsrevisionismus, menschenfeindliche und demokratiefeindliche Aussagen allerdings nicht. Dieses Papier soll dabei unterstützen, queerfeindliche Hetze und Diskussionsstrategien von Rechtsextremen zu erkennen und zu unterbinden.



Handlungsempfehlung zur Qualifizierung/ Reflexion Ihrer Einrichtung

- Teilnahme an einem der landesweiten Workshops, u.a. zu den Akronymen LSBTIQ*
- Lektüre des „LSBTwie*? Wörterbuch zur geschlechtlichen und sexuellen Vielfalt“ (digital verfügbar unter: <https://www.regierung-mv.de/Landesregierung/sm/Familie/Familie/Gleichstellung-sexueller-und-geschlechtlicher-Vielfalt/>)
- Reflexion des eigenen Handelns und Sprechens: Wem geben Sie Raum und wessen Wortbeiträge werden ernst genommen? Wen und was bezeichnen Sie als „normal“?
- Haben Sie Toilettenräume, die für alle zugänglich sind? Gibt es die Möglichkeit, mit Beginn des Events generell geschlechtsneutrale Toiletten anzubieten?
- Arbeiten Sie durchgängig mit geschlechtergerechter Sprache? (Die LSBTIQ*-Community prägt hierfür z.B. das Gendersternchen, das auch der Deutsche Blinden- und Sehbehindertenverband empfiehlt.)

Handlungsempfehlung zur Vernetzung in die Community

- Greifen Sie auf die Kontakt- und Vernetzungsmöglichkeiten beim LSVD zu (siehe beigefügter Kontaktliste).
- Namensnennung und Verwendung der korrekten Pronomen ist unerlässlich!
- Ermitteln Sie im Austausch mit regionalen queeren Vereinen und Akteur*innen, welche Bedarfe und Interessen bestehen.

Handlungsempfehlung für Diskussionen

- Kritik bezieht sich auf konkrete Inhalte und Aktivitäten und zielt auf einen konstruktiven Austausch.
- Angriffe und Diffamierung beabsichtigen die Schädigung von Personengruppen und Einrichtungen und sind nicht Teil eines konstruktiven Austauschs.
- Ein direkter Angriff und die Diffamierung von kulturellen Einrichtungen und der LSBTIQ*-Community sind ein Zeichen dafür, dass kein Interesse an einer Debatte besteht. Es empfiehlt sich, nicht auf diese Angriffe einzugehen.
- Angriffe sachlich abweisen, eigene Themen und Ziele setzen sowie breite Bündnisse (mit der LSBTIQ*-Community und teilnehmenden Veranstaltungsorten) organisieren
- Nutzen Sie im Fall von direkten Angriffen, menschenfeindlichen Aussagen und Gewaltandrohungen die geltende Hausordnung und verweisen Sie Personen von der Veranstaltung.
- Unterstützen Sie betroffene/angegriffene Personen
- Positionieren Sie sich klar und widersprechen sie LSBTIQ*-feindlichen Aussagen
- Nehmen Sie anwesende Betroffene nicht als positiv oder negativ Beispiel
- Sprechen Sie mit und nicht über Menschen
- Rechtspopulistische Kampfbegriffe sollten nicht wiederholt werden und
- Benennen Sie klar die Folgen und Bedeutung rechtsextremistischer Hetze
- Bieten Sie keine Freiräume für extremistische Positionen

Aussage: trans* und queer sein sind ein Trend

Was ist damit gemeint?

Mit der aktuell verbesserten Sichtbarkeit der LSBTIQ*-Community in Deutschland und Teilen der Welt geht auch die diskriminierende Argumentation einher, dass es sich bei der Existenz von queeren Menschen ausschließlich um ein Mode-Phänomen handeln würde. Die erhöhte Sichtbarkeit von vielfältigen Lebensrealitäten wird als Trend minimiert und damit der Existenz der LSBTIQ*-Community seine Glaubwürdigkeit abgesprochen. So wird einerseits die queere Lebensrealität als sicheres und beständiges Konstrukt in Frage gestellt und andererseits die Seriosität von queeren und trans* Personen hinterfragt.

Was ist Fakt?

Queer sein ist kein Trend. Eine verbesserte Sichtbarkeit und Repräsentation der LSBTIQ*-Community in deutschen Medien bedeutet nicht, dass die queere Menschen erst seitdem existieren oder Personen sich aus Modegründen als queer identifizieren. Vielmehr erweitern neue Begrifflichkeiten und eine offenerere Gesellschaft die Möglichkeiten, sich selbst zu finden. Indem die Sichtbarkeit und Akzeptanz für die LSBTIQ*-Community steigt, sinkt auch die Menge an Personen, die ihre sexuelle Orientierung oder geschlechtliche Identität verstecken. Die LSBTIQ*-Community hat eine lange Geschichte, die nicht auf einer Modeerscheinung basiert.

Aussage: das kommt durch die Liberalisierung der Gesellschaft

Was ist damit gemeint?

Es wird eine fortschreitende Liberalisierung befürchtet, die auf Angst vor eigenem Identitätsverlust beruht. Die Existenz und Sichtbarkeit queerer Menschen wird einem vermeintlichen Liberalisierungsprozess zugeschrieben, der von Rechtsextremist*innen kritisiert wird. Damit einher geht die Befürchtung, dass die Repräsentation queerer Menschen einer Unterrepräsentation heterosexueller Menschen gleichgesetzt werden muss. Queere Ausdrucks- und Lebensweisen werden dabei als „abweichend“ und moralisch schlecht konstruiert.

Was ist Fakt?

Die Sichtbarkeit einer Minderheit negiert nicht die Existenz der Mehrheit. In einer zunehmend pluralisierenden Gesellschaft bedarf es Aushandlung, damit ein jeder und eine jede teilhaben kann. Man kann nur teilhaben, wenn man auch repräsentiert wird. Die Repräsentation diverser Lebensweisen ist notwendig, denn ihr liegt die Existenz diverser Lebensweisen zugrunde. Mit dieser Repräsentation geht kein Verlust einher, sondern die Anerkennung von Rechten und Akzeptanz der LSBTIQ*-Community.

Aussage: es gibt einen Gender-Wahn / Anti-Gender sein

Was ist damit gemeint?

„Anti-Gender“ ist ein Protest gegen jegliche geschlechtsinklusive Sprache, das Gendersternchen und das Mitdenken von Geschlechtsidentitäten unabhängig von Mann und Frau. Mitunter wird Gendern auch als Wahn bezeichnet. Die Position soll etablieren, dass es nur zwei Geschlechter gibt, die innerhalb der bestehenden Geschlechtszuschreibungen bleiben sollen. Es wird gefordert, dass das Neutrum weiterhin die maskuline Form eines Substantivs bleibt (z.B. bei Berufen). Eine inklusive Sprachweise wird als Wahnvorstellung oder lächerlich dargestellt. Wunsch von Anti-Gender-Vertreter*innen ist die Aufrechterhaltung etablierter (Sprach-)Hierarchien. Die Kritik am Gendern geht oft auch mit der Diffamierung von politischer Korrektheit im Allgemeinen einher und macht es sich zum Ziel, Menschen, die aktiv um sprachliche Inklusion bitten, öffentlich lächerlich zu machen und bloßzustellen.

Was ist Fakt?

Gendergerechte Sprache ist nicht verpflichtend. Die Verknüpfung gendergerechter Sprache mit ausschließlich queeren Interessen sucht „Schuldige“ für ein gesamtgesellschaftliches Anliegen. Die Suche nach Schuldigen wird durch Rechtsextreme befördert. Eine inklusive Sprache entstammt keinen Wahnvorstellungen, sondern dem Wunsch, repräsentiert zu werden und sich angesprochen zu fühlen. Die Inklusion aller durch gendergerechte Sprache bedeutet keinen Verlust. Das gilt auch für die deutsche Sprache, die seit jeher im ständigen Wandel steht und allein dadurch am Leben bleibt. Der Versuch inklusiv zu sprechen, wird durch Bezeichnungen vom „Gender-Wahn“ ad absurdum ins Lächerliche gezogen. Die Diffamierung von Minderheiten, die um Inklusion bitten, ist diskriminierend.

Aussage: Wir sind besorgte Eltern.

Was ist damit gemeint?

Der Deckmantel der besorgten Eltern beruht auf Ängsten von Eltern vor der LSBTIQ*-Community. Er wird oft von Rechtsextremen und fundamentalreligiösen Organisationen instrumentalisiert und befeuert. Eltern zeigen in dieser Argumentation einerseits ihre eigene Unsicherheit im Umgang mit der LSBTIQ*-Community und deuten andererseits an, dass LSBTIQ*-Personen besorgniserregend seien. Die Argumentation der besorgten Eltern ist insbesondere für verunsicherte Eltern anschlussfähig, die selbst keine ideologisch extreme Position haben, aber Unwissen zur LSBTIQ*-Community aufweisen. Indem queere Menschen so dargestellt werden, dass man sie fürchten und sich über ihre Existenz in der Nähe von Kindern und Jugendlichen sorgen müsste, wird Furcht und eine Moralpanik gegen die Community geschürt. Die Argumentation deutet auch auf verknüpfte Anschuldigungen hin, wie die Hetze, queere Menschen seien pädophil, pervers und abartig. Die Argumentationsweise der „besorgten Eltern“ geht immer davon aus, diese eigenen Kinder wären grundsätzlich heterosexuell und nur durch äußeren Einfluss unter der Gefahr, selbst queer oder trans* zu werden. LSBTIQ* Kinder und Jugendliche sind in dieser Narrative entweder unsichtbar und nicht existent, oder eine der zu befürchtenden Folgen.

Was ist Fakt?

Wenn Lebensrealitäten außerhalb der eigenen liegen, kann dies zu Unsicherheit führen. Anstatt in eine Abwehrhaltung zu gehen, sollte der Austausch zur LSBTIQ*-Community gesucht werden. Es gibt keinen Grund zur Besorgnis oder Furcht vor queeren Personen oder Inhalten. Wissen macht nicht queer, sondern aufgeklärt. Kinder werden durch die Sichtbarkeit von queeren Lebensweisen nicht frühsexualisiert. Die Förderung von Akzeptanz gegenüber der LSBTIQ*-Community ist ungleich einer Sexualisierung von Kindern und Jugendlichen. Durch die Argumente der „besorgten Eltern“ werden stattdessen queere Menschen sexualisiert und diskriminiert und mit Fetischen, Pädophilie und „Abartigkeit“ gleichgesetzt. Sexuelle Vielfalt ist nicht moralisch verwerflich und schadet der Erziehung von Kindern und Jugendliche nicht.

Aussage: Frühsexualisierung/ „Hände weg von unseren Kindern“

Was ist damit gemeint?

Queere Menschen werden als Gefahr für die Sicherheit von Kindern stilisiert. Das sorgt in der Debatte dafür, dass Kinder und Jugendliche fernab von LSBTIQ* Identitäten definiert werden, sie also dem Argument nach nur durch Indoktrinierung selbst Teil der Community werden. Das löst eine moralische Panik aus, die bis in die Mitte der Gesellschaft reicht. Die Panikmache führt dazu, dass Sexualerziehung erfolgreich verunglimpft wird. Neben rechtsextremen Parteien und Organisationen instrumentalisieren fundamentalreligiöse Organisationen diese Hetze ebenfalls und schüren so Angst.

Was ist Fakt?

Kinder und Jugendliche haben ein Recht darauf, Zugriff auf Informationen zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt zu haben. Die Auseinandersetzung mit Vielfalt ist keine Indoktrinierung, sondern zeigt verschiedene Lebensrealitäten auf. Ein altersgemäßer und sensibler Umgang mit Sexualität und Identität ist Teil zahlreicher pädagogischer Ansätze und muss Teil der Bildung von Kindern und Jugendlichen sein. Das Wissen über Sexualität und Identität ermächtigt Kinder und Jugendliche zu einem selbstbestimmten Leben und hilft ihnen dabei, die Vielfalt in der Gesellschaft auch auf medialer Ebene wahrzunehmen und sich damit auseinanderzusetzen.

Aussage: Unterstellung der Pädophilie

Was ist damit gemeint?

Die Aussage, Mitglieder der LSBTIQ*-Community seien pädophil, wird von queerfeindlichen Gruppierungen aus dem rechtsextremen Raum als Hetze verbreitet. Queere Personen werden seit jeher als pädophil inszeniert, um queer sein mit sexuellen Gewaltakten an Kindern gleichzusetzen. Das liefert eine Grundlage für ein Gefühl der Bedrohung, das vermeintlich von der LSBTIQ*-Community ausgehen soll. Die Aussage schafft durch ihre Drastik eine Handlungsgrundlage für queerfeindliche Gruppierungen, auf der Gewalt an queeren Personen plausibilisiert wird. Indem sie laut Argument die vulnerabelsten Mitglieder unserer Gesellschaft angreifen, können sie als Täter*innen stilisiert werden, die eine Strafe verdienen. Es handelt sich um eine Desinformationskampagne, die Opfer und Täter umkehren soll und die LSBTIQ*-Community dämonisiert. Oft wird die Unterstellung von Pädophilie nicht nur aus rechtsextremen, sondern auch fundamentalreligiösen Kreisen geäußert.

Was ist Fakt?

Der diskriminierende Stereotyp, dass Personen der LSBTIQ*-Community pädophil seien oder Kindern und Jugendlichen nachstellen, ist queerfeindlich und nicht wahr. Die LSBTIQ*-Community ist eine Allianz von Menschen, deren sexuelle Orientierung oder Geschlechtsidentität sich von Heterosexualität oder Cisgeschlechtlichkeit unterscheidet. Sexuelle Orientierung umfasst das sexuelle und romantische Interesse von Personen an potentiellen Partner*innen eines oder mehrerer Geschlechter. Sexuelle Orientierung hat somit keinen Bezug zum Alter. Weder das Geschlecht, noch die Sexualität der LSBTIQ*-Community stehen im Zusammenhang mit Pädophilie. Pädophilie ist eine sexuelle Präferenzstörung. Das Ausleben von sexuellem Interesse an Minderjährigen bei eigener Volljährigkeit ist in Deutschland strafbar.

Aussage: es herrscht eine „Diktatur der queeren Philosophie“

Was ist damit gemeint?

Wenn von einer „Diktatur der queeren Philosophie“ gesprochen wird, soll angedeutet werden, dass vermeintlich eine queere Lobby ihre eigenen Interessen über eine Agenda umsetzt. Diese Verschwörungstheorie verortet einen hohen Machteinfluss bei der befürchteten "Homo- und Translobby". Damit wird auf Veröffentlichungen in den Medien reagiert, in denen inklusive Sprache mit dem Verbot von Wörtern wie Mutter oder Vagina gleichgesetzt wird.

Was ist Fakt?

Es gibt kein Interesse daran, Begriffe wie Mutter oder Vagina aus dem allgemeinen Sprachgebrauch zu streichen. Ebenso wenig existiert ein (erhöhter) Machteinfluss queerer Interessengruppen in politischen Lobbys. Indem inklusive sprachliche Alternativen wie Elternteil vorgeschlagen werden, die seit jeher existieren, werden bestehende Begriffe wie Vater und Mutter weder negiert, noch verboten, sondern lediglich um eine Alternative ergänzt. Das Interesse an Gleichbehandlung ist keine Agenda und keine Philosophie. Die Umsetzung von Menschenrechten ist Bestandteil des demokratischen Grundgesetzes und keine Diktatur.

Aussage: Wir gegen „Die“

Was ist damit gemeint?

Die Wir-gegen-„Die“ Rhetorik, wobei „Die“ oft synonym für „die Anderen“ ist, konstruiert ein klares Innen und Außen einer Gesellschaft. Die Rhetorik bewertet, wer sich als Teil einer Gruppe (oder auch: eines Landes) sehen darf, und wer nicht dazu gehört. „Die Anderen“ sind Menschen, die als „fremd“ markiert werden. Diese Rhetorik findet sich in seinen extremeren politischen Abstufungen bei rechtsextremen Gruppierungen wieder. Gruppenzugehörigkeiten formulieren oft ein Außen und ein Innen, die konkrete Anfeindung von als „anders“ markierten Personengruppen ist aber eindeutig kritisch zu sehen. Dasselbe gilt für die Stilisierung von als „anders“ markierten Personen zu Feinden. Die Wir-gegen-„Die“ Argumentation setzt bestimmte Normen und Werte voraus, die oft auf kulturalistischen und rassistischen Grundlagen basieren. Dieses Konstrukt sieht die „Anderen“ als Abweichungen von der „Norm“, die nach ihrem Empfinden eine „natürliche“ Ordnung der Gesellschaft sichert.

Was ist Fakt?

Eine funktionierende Gesellschaft braucht Diversität. Diversität ermöglicht, das vielfältige Angebote innerhalb der Gesellschaft entstehen, in denen sich jeder wiederfinden kann. Die Welt, in der wir leben so zu reduzieren, dass sie in eine binäre Struktur von einem „Wir“ und einem „die Anderen“ passt, ist immer zum Scheitern verurteilt und schafft mehr Ausschlüsse als Einschlüsse. Die engen Strukturen, in die Menschen dadurch gedrängt werden, vermindern Freiheiten – und oft auch Menschenrechte – exponentiell. Indem man Menschen kategorisiert, nimmt man ihnen ihre Menschlichkeit und ihre Komplexität. Kein Mensch sollte auf seine Herkunft, seine Sprache, seine Arbeit, seine Religion, seine Behinderungen, seine Sexualität oder seine geschlechtliche Identität reduziert werden. Die LSBTIQ*-Community in Mecklenburg-Vorpommern ist ein integraler Teil der Bevölkerung, der seinen Platz hier hat. Und die Rechte der Community auf Schutz vor Gewalt und Diskriminierung sollen aktiv umgesetzt und beachtet werden.

**Aussage: die „Anderen“ sind das wirkliche Problem für dich und mich
(Ausspielen unterschiedlicher Diskriminierungsformen)**

Was ist damit gemeint?

Diese Aussage findet seine Wurzeln im Homonationalismus und lässt sich auch in Phänomenen wie dem „Pinkwashing“ entdecken. Homonationalismus beschreibt die Instrumentalisierung und Vereinnahmung von LSBTIQ*-Rechten für nationalistische Ziele (zum Beispiel: Rechtsextreme fordern eine restriktive Einwanderungspolitik, weil Geflüchtete queerfeindlich seien). Das Ausspielen der lokalen (und insbesondere der weißen und christlichen) LSBTIQ*-Community gegen Geflüchtete und den Islam dient der Inszenierung von Geflüchteten und Muslim*innen als "fremd" und "gefährlich". Indem Muslim*innen und Geflüchtete pauschal als queerfeindlich bezeichnet werden, wird ihnen abgesprochen, dass sie queer sein können. Durch das Ausspielen von Minderheiten gegeneinander profitieren vor allen Dingen Rechtsradikale und Rechtskonservative.

Was ist Fakt?

Menschen lassen sich nicht einfach einer Kategorie zuordnen. Dimensionen von Diversität sind neben sexueller Identität und Orientierung sowie Geschlecht und geschlechtlicher Vielfalt auch Weltanschauung, Religion, körperliche und geistige Fähigkeiten, soziale Herkunft, Alter, ethnische Herkunft und Nationalität, Bildungshintergrund, Lebensentwurf, familiäre Situation, Kultur, Generation und Internationalität. Die Dimensionen weisen bei jedem Menschen unterschiedliche Intersektionen auf und führen dazu, dass keine Dimension der Diversität homogen ist. Das bedeutet auch, dass es nicht nur queere Menschen gibt, die christlich und/oder weiß sind. Die LSBTIQ*-Community ist eine Allianz von LSBTIQ* Menschen jeglicher Religion, Weltanschauung, Herkunft und Nationalität. Die Menschenrechte der LGBTQ*-Community sind ebenso schützenswert wie die anderer Minderheiten.

Aussage: es gibt ein „wahres“/ „echtes“ Volk und queere Menschen gehören nicht dazu

Was ist damit gemeint?

Die Rede von einem „wahren“ bzw. „echten“ Volk basiert auf einem rechtsextremen Verständnis und hat seine Wurzel im völkischem Nationalismus. Gesellschaftliche Vielfalt wird zum Aufbau von Feindbildern instrumentalisiert. So werden alle, die als „anders“ markiert werden, radikal abgewertet. Grundlage der Annahme ist ein Anti-Pluralismus. Ziel ist eine homogene Gesellschaft nach völkischem Nationalismus und einer geordneten, „moralischen“ Welt. Da gesellschaftliche Minderheiten diese Ordnung stören und damit die Sicherheit der Gesellschaft gefährden, werden sie zu Feinden stilisiert. Indem ihnen diese theoretische Macht zugeordnet wird, wird tatsächliche Gewalt der Vertreter*innen des „wahren“ Volkes als gerechtfertigt argumentiert, da sie nur vor dem „furchteinfößenden“ und „unmoralischen Anderen“ schützen soll. Dem Volk und der Nation kommt in dieser Argumentation eine besondere Bedeutung zu und sie gilt als etwas, was unbedingt vor als „anders“ Markierten beschützt und gesichert werden muss. Außerhalb dieses Diskurses findet sich die Einschätzung, wer „wahrhaftig“ zu einem Land gehört, auch in rassistischen Argumentationen wieder, die auch in der Mitte der Gesellschaft stattfinden.

Was ist Fakt?

Die Wörter „wahr“ und „echt“ sind keine Indikatoren für Zugehörigkeit. Gesellschaft lebt von Pluralismus. Die Vergangenheit Deutschlands zeigt, dass eine restriktive, homogene Ordnung der Gesellschaft zum Scheitern verurteilt ist. Es gibt keine Definition von einem singulären definierbaren Volk. Die Bevölkerung Deutschland ist vielfältig und divers in jeglichen Dimensionen. Ohne diese Diversität können keine Diskurse und keine Neuerungen stattfinden. Der ideologische Ausschluss von diskriminierten Personengruppen, wie der LSBTIQ*-Community, aus Deutschland ist diskriminierend.

Aussage: Berücksichtigung des Beutelsbacher Konsens

Was ist damit gemeint?

Der Beutelsbacher Konsens ist der Minimalkonsens der politischen Bildung. Er umfasst drei Grundsätze - das Überwältigungsverbot, das Kontroversitätsgebot und die Schülerorientierung. Das Überwältigungsverbot soll davor hindern, Schüler*innen mit Meinungen zu überrumpeln und es ermöglichen, dass Schüler*innen sich ein eigenes Urteil bilden können. Das Kontroversitätsgebot soll es verhindern, dass gegenteilige Auffassungen und alternative Vorschläge unterschlagen werden. Zusammen mit der Schülerorientierung, die Schüler*innen darin bestärken soll, politische Situationen mit Blick auf eigene Interessen zu analysieren, sollen die drei Grundsätze im Rahmen der demokratischen Grundordnung Indoktrinierung verhindern. In rechten bis rechtsextremen Kreisen wird auf Basis des Konsenses argumentiert, dass Schüler*innen indoktriniert werden, u.a. LSBTIQ*-Identitäten zu akzeptieren und ihnen die Möglichkeit der eigenen Meinungsbildung (Meinungsbildung bedeutet hier die Ablehnung der LSBTIQ*-Gemeinschaft) nicht gestattet wird. Gleichzeitig wird bei der offenen Ablehnung der LSBTIQ*-Community durch Rechtsextreme das Kontroversitätsgebot als Grundlage dafür ausgefasst, gegenteilige Auffassungen zu äußern. Die willkürliche Auslegung des Beutelsbacher Konsens zur Vertretung rechtsradikaler Positionen entspricht nicht dem ursprünglichen Sinn des Konsenses.

Was ist Fakt?

Der Beutelsbacher Konsens ist unbestritten ein wichtiger Grundsatz, um Indoktrinierung zu verhindern. Gleichzeitig kann er nicht als Richtlinie dafür verwendet werden, um Hetze und Hass zu rechtfertigen. Denn der Konsens beruht auf den Werten der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenwürde und dem Demokratieprinzip - ist damit also nicht ausschließlich wertefrei. Sobald Menschenrechte angegriffen werden, indem z.B. queeren Menschen ihr Existenzrecht in unserer Gesellschaft abgesprochen wird, wird bereits nicht nach dem Konsens gehandelt. Der Konsens meint unter dem Kontroversitätsgebot alternative Vorschläge, die freiheitlich-demokratisch sind. Er ist keine Grundlage für fundamentalistische und rechtsextreme Anfeindungen gegen jegliche Minderheiten. Außerdem ist der Konsens kein Neutralitätsgebot, denn auch nach der Kulturministerkonferenz von 2018 gilt: alle Meinungen müssen von der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und den Menschenrechten gedeckt werden.

Aussage: es gibt nur zwei Geschlechter

Was ist damit gemeint?

Trans*personen, Nicht-binäre Menschen und inter*Personen werden in dieser Aussage als nicht "normal" verstanden. Die "normale" Ordnung dieser Welt lässt sich laut Aussage biologisch und gesellschaftlich in Mann und Frau teilen. Es ist nicht möglich, ein soziales Geschlecht ungleich dem des biologischen zu haben. Weiblichkeit und Männlichkeit definiert sich alleinig über die primären Geschlechtsorgane (und inhärenten „femininen“ und „maskulinen“ persönlichen Eigenschaften). Neben Rechtsextremen und fundamentalreligiösen Organisationen vertreten auch TERFS und Menschen aus der politischen und gesellschaftlichen Mitte diesen Standpunkt.

Was ist Fakt?

Geschlecht kann nicht alleinig auf männlich und weiblich reduziert werden. Hormone, Chromosomen sowie äußere und innere Geschlechtsmerkmale existieren in verschiedenen Ausprägungen, ebenso wie die geschlechtliche Selbstwahrnehmung. Schätzungen zufolge leben aktuell mindestens 8.000 bis 120.000 inter* Personen in Deutschland, also Personen die aus medizinischer Sicht nicht eindeutig einem binären Geschlecht zugeordnet werden können. Dazu kommt eine noch deutlich höhere Zahl von Menschen, deren geschlechtliche Selbstwahrnehmung nicht dem zugeschriebenen Geschlecht entspricht. Ideologien, die eine "natürliche" Ordnung als ihren zentralen Bezugspunkt haben, sehen in der Ordnung, mit der sie die Welt strukturieren, eine unumstößliche Wahrheit. Grundlage ist der Wunsch nach Vereinfachung. Die Komplexität und der Pluralismus, der zu den zahlreichen Lebenserfahrungen auf der Welt gehören, lassen sich jedoch nicht so einfach strukturieren, ohne andere auszuschließen.

**Aussage: trans* Frauen sind insgeheim darauf aus, sichere weibliche Orte
(u.a. Toiletten) zu infiltrieren**

Was ist damit gemeint?

Grundlage dieser Befürchtung ist die Annahme, dass trans* Frauen nicht als „echte“ Frauen zu verstehen sind, sondern stattdessen Männer in Kleidern seien, die sich unter Tarnung Zugang zu intimen und privaten Räumen von Frauen verschaffen. Die Panikmache vor trans* Frauen in z.B. öffentlichen Toiletten und Frauensaunen ist Teil einer öffentlichkeitswirksamen Hetze gegen trans* Personen, bei denen insbesondere trans* Frauen dämonisiert werden, da sie angeblich die Unschuld von cisgender Frauen gefährden. Die vermeintliche Unschuld und Reinheit wurde in der Vergangenheit auch oft im Zusammenhang mit Nationalallegorien instrumentalisiert und setzte der „unschuldigen, zu beschützenden und bewahrenden“ Frau einen Gegenpart gegenüber, der dämonisiert und oft als „monströs“ beschrieben wird. Diese Form der Diskriminierung traf in der Vergangenheit bereits viele Menschen, die durch die Gesellschaft als „anders“ markiert werden. Trans* Frauen, männliche Geflüchtete und schwarze Männer werden innerhalb dieser Argumentation oft als die „Anderen“ inszeniert.

Was ist Fakt?

Für (sexuelle) Übergriffe, die von trans* Frauen auf z.B. Toiletten oder in Saunen stattfinden, gibt es keine Belege. Auch Femizide, die trans* Frauen in diesem Zusammenhang unterstellt werden, sind den zuständigen Behörden nicht bekannt. Trans* Frauen sind genauso wenig mehr oder weniger dazu prädestiniert Sexualstraftäterinnen zu sein, wie es auch für den Rest der Bevölkerung gilt. Von ihnen geht keine inhärente körperliche Gefahr aus. Was dagegen dokumentiert ist, sind zahlreiche Gewaltverbrechen an trans* Frauen, ebenso wie die hohe Suizidstatistik bei trans* Kindern und trans* Jugendlichen. Die Stilisierung zu Gewaltverbrecherinnen und Sexualstraftäterinnen isoliert trans* Frauen zunehmend und nimmt ihnen Gemeinschaft im Alltag. Durch die Hetze gegen sie wird nicht cisgender Frauen, sondern trans* Frauen der sichere Toilettengang genommen.

Aussage: trans* Frauen gefährden die „natürliche“ und „normale“ Weiblichkeit

Was ist damit gemeint?

Die Aussage beruht auf einem biologistischen Verständnis von Geschlecht sowie einer strengen Geschlechtsordnung, in der weiblich und männlich heteronormativ zu verstehen sind. Die Aussage soll einerseits andeuten das a) die Zuschreibung, wer Mann und wer Frau ist allein auf dem biologischen Geschlecht beruht und deshalb b) trans* Frauen eigentlich Männer und keine Frauen sind, die c) "normale" cisgender Frauen bedrohen und ihre Femininität nicht nur „infiltrieren“, sondern damit auch Weiblichkeit gefährden, indem sie sie verändern. Menschen, die diese Aussage vertreten, sehen eine „natürliche“ Ordnung der Welt bedroht.

Was ist Fakt?

Die Konstrukte von Männlichkeit und Weiblichkeit stehen unter dem ständigen Wandel der Zeit. Eine „natürliche“ Weiblichkeit, die sich durch bestimmte Eigenschaften und Verhaltensweisen äußert, ist eben nicht naturbedingt, sondern sozial hergestellt und beruht damit nicht auf der menschlichen Biologie. Trends, politische Umbrüche und wissenschaftliche Erkenntnisse haben allesamt Einfluss darauf, was wir gesellschaftlich als männlich und weiblich verstehen. Das eigene Verständnis von Weiblichkeit und Männlichkeit wird nicht durch das eines anderen gefährdet, auch wenn diese abweichend sein sollten.

Aussage: Homosexuelle dürfen/sollten keine Kinder bekommen.

Was ist damit gemeint?

Die Aussage verdeutlicht, dass Homosexualität a) als etwas Ansteckendes verstanden wird oder b) als etwas, wodurch sich Kinder und Jugendliche inspirieren lassen und dass sie potentiell nachahmen könnten, c) Homosexuelle ungeeignet für den Umgang mit Kindern sind und d) sie keine Kinder bekommen sollten, insofern es nicht biologisch möglich ist. Für Kinder und Jugendliche wird Homosexualität in dieser Argumentation als etwas Gefährdendes angesehen, unabhängig davon, ob es allein das Wissen um Homosexualität ist, das schon gefährdet, oder der Umgang mit Homosexuellen. Die Aussage sexualisiert homosexuelle Menschen, denn sie werden zuallererst als sexuell wahrgenommen, bevor sie - wie heterosexuelle Menschen - fernab ihrer Sexualität wahrgenommen werden. Infolge der Sexualisierung werden sie als ungeeignet für die Kindererziehung stilisiert. Darüber hinaus wird betont, dass Homosexuelle keine Kinder bekommen sollten, insofern das nicht biologisch möglich ist.

Was ist Fakt?

Die Eignung zur Kindererziehung ergibt sich nicht aus der Sexualität oder der Geschlechtsidentität. Auch die Fähigkeit, biologisch Kinder erzeugen zu können ist keine Grundlage dafür, ob jemand zur Kindererziehung geeignet ist - Adoption und Pflege sind gleichwertige Formen der Kindererziehung. Jeder Mensch hat das Recht auf eine freie Entfaltung seiner Persönlichkeit. Das schließt das Recht auf Elternschaft ein. In der Studie „Lebenssituation von Kindern in gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften“ des Bundesministeriums der Justiz wurde festgestellt, dass Kindern von homosexuellen Paare keine abweichende Entwicklung nachgewiesen werden kann.

Aussage: Homosexuelle kann man heilen bzw.
Queere Menschen sind „geistesgestört“

Was ist damit gemeint?

Dieses Argument geht davon aus, dass Homosexualität Ausdruck eines Krankheitsbildes ist. Grundlage dafür ist die Annahme, dass soziale Geschlechterordnungen und Zuweisungen naturgegeben sind. Innerhalb dieser Aussage ist der Zusatz versteckt, dass es eine Norm gibt, und diese Norm ist das heterosexuelle Begehren zwischen Mann und Frau. Indem Heterosexualität naturalisiert wird, wird sie als gegeben angenommen, und jede Abweichung von ihr entspricht etwas „Widernatürlichem“. Somit wird Homosexualität zu einer Krankheit stilisiert. Personen, die über die Heilbarkeit von Homosexualität sprechen, suchen meistens keine Diskussion, sondern sind der Meinung, dass sie Menschen dazu befähigen, sich von ihrer Krankheit zu befreien, um sie wieder als Teil der „Norm“ und des „Natürlichen“ aufzunehmen. Es wird LSBTIQ*-Personen „Hilfe“ angeboten, indem z.B. illegale Konversionstherapien angeboten werden. Die Einstufung der LSBTIQ*-Community als „geistesgestört“ beruht ebenfalls auf dieser Annahme, aber auch darauf, dass es sich bei queerer Sexualität und Identität um eine Abweichung von der „Norm“ handelt.

Was ist Fakt?

Homosexualität ist weder ein Verbrechen, noch eine Krankheit. Sie ist nicht „widernatürlich“ und muss ihre Daseinsberechtigung nicht an moralischen Werten messen. Angebote wie Konversionstherapien werden vom Deutschen Ärztetag und dem Welt-Ärzte-Bund als menschenrechtswidrig und gesundheitsgefährdend eingestuft. Die Abwertung queerer Menschen als krankhaft und „geistesgestört“ betrifft nicht nur sie direkt, sondern reflektiert auch eine Abwertung von Menschen mit psychischer und/oder psychiatrischer Diagnose, behinderten Menschen und Menschen mit Lernschwierigkeiten.